

## RECHT

### ENTSCHEIDUNGEN

Vorgänge in der Hauptverhandlung, auf die sich die Überzeugungsbildung des Gerichts stützen kann, dürfen nicht durch das Fernsehen übertragen werden. Duldet das Gericht solche Aufnahmen, verletzt es die Pflicht zur Erforschung der Wahrheit und beschränkt in unzulässiger Weise die Verteidigung des Angeklagten (Bundesgerichtshof).

Im allgemeinen darf sich der Richter heute die erforderliche Sachkunde für die Rückrechnung des Blutalkoholgehalts auf die Tatzeit auf Grund seiner Erfahrungen selbst zutrauen. Innerhalb des Bereichs von 0,3 bis 1,5 Promille kann ein Kraftfahrer fahruntüchtig sein (Bundesgerichtshof).

Gewährt ein Tarifvertrag verwitweten, geschiedenen oder ledigen weiblichen Arbeitnehmern Rechtsansprüche auf Zulagen, so ist die Bestimmung eines Tarifvertrages, die verheiratete weibliche Arbeitnehmer von dem Bezug solcher Zulagen trotz Vorliegens gleicher Voraussetzungen ausschließt, grundgesetzwidrig (Bundesarbeitsgericht).

Der Arbeitgeber darf im Falle des Vertragsbruchs durch den Arbeitnehmer eine Zeitungsanzeige aufgeben, um eine Ersatzkraft zu beschaffen. Der vertragsbrüchige Arbeitnehmer ist verpflichtet, die durch eine solche Zeitungsanzeige entstehenden Kosten zu ersetzen. Die Zeitungsanzeige muß sich der Größe nach in angemessenen Grenzen halten (Bundesarbeitsgericht).

## BERLIN

### S-BAHN-BOYKOTT

#### Wasserturm im Visier

Mit einem zornigen „Uns langt es“ blies die „Bild“-Zeitung jüngst zur öffentlichen Hatz auf einen kapitalen Sündenbock: den 61jährigen SPD-Verkehrssenator Otto Theuner, Verwaltungsrats-Vorsitzenden der landeseigenen Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG). Forderte „Bild“: „Treten Sie ab — Herr Senator!“

Von Springers „Bild“-Zeitung und sogar von einigen SPD-Genossen im Westberliner Stadtparlament wird Theuner der Frontstadt-Sabotage verdächtigt, weil er den Boykott der Berliner Stadtbahn — des in sowjetzonaler Regie betriebenen Konkurrenzunternehmens zu Westberlins U-Bahn und Omnibussen — nicht tatkräftig genug unterstützte: Den Berlinern, die nach dem 13. August von der S-Bahn auf BVG-Verkehrsmittel umstiegen, werde trotz höherer Fahrpreise kein ausreichender Ersatz für die Stadtbahn geboten. An den Bushaltestellen stauten sich die Fahrgäste zu langen Warte-Kolonnen („Bild“: „Das ist Ihr Werk, Herr Senator!“).

Der konsequente Boykott der sowjetzonalen Regie unterstellten S-Bahn ist aber nach Ansicht des Schöneberger Senats das einzige Mittel, Ulbrichts weitverzweigtes Stützpunkt-System in Westberlin endlich zu liquidieren.



IMMER IN GUTER

GESELLSCHAFT

# TEXIER



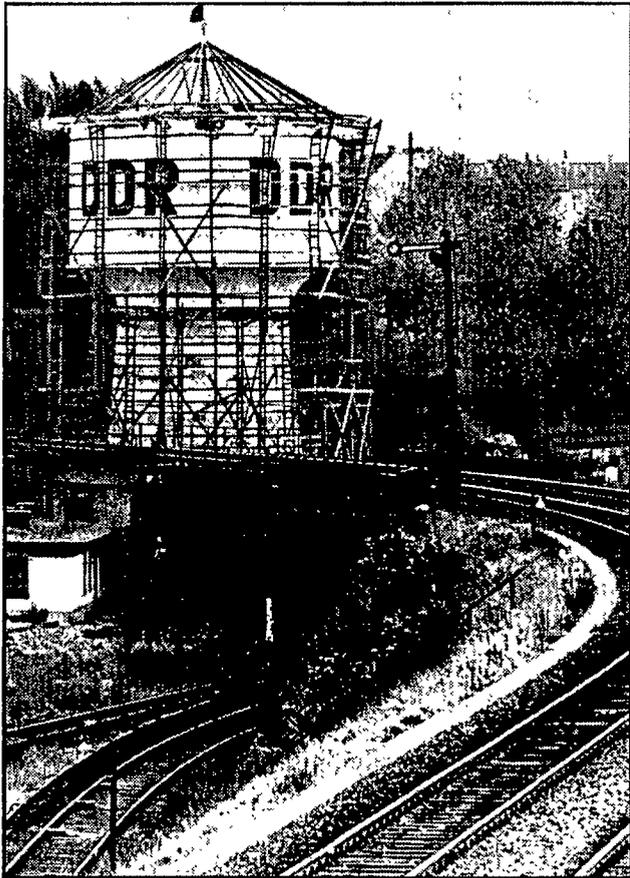
DER KLASSISCHE  
WEINBRAND

Noch immer verfügt die Sowjetzonenregierung in Westberlin über 117 rote Bastionen:

- ▷ 75 S-Bahnhöfe,
- ▷ 25 Güterbahnhöfe,
- ▷ 15 Verwaltungsdienststellen und
- ▷ 2 Reichsbahnausbesserungswerke.

Diese 117 DDR-Bastionen entlang dem 150 Kilometer langen Streckennetz werden nicht nur dazu benutzt, den reibungslosen Stadt- und Fernbahnverkehr aufrechtzuerhalten.

Das S-Bahn-Gelände innerhalb Westberlins, das mehr Fläche umfaßt als der 1037 Hektar große Bezirk Kreuzberg (192 000 Einwohner), wird von der DDR vielmehr als sowjetzonalen Territorium betrachtet, auf dem sich



DDR-Wasserturm in Westberlin: Fahne erbeutet

Ulbrichts Genossen unter dem Schutz sowjetzonaler Transportpolizisten ungehindert zur 5. Kolonne formieren können.

Als nach dem 13. August die SED-Filialen in Westberlin geschlossen wurden, zogen Ulbrichts Freistadt-Werber in S-Bahn-eigene Räume um. Und Westberlins KP-Gazette „Die Wahrheit“ bereicherte auch nach der durch Streik erzwungenen Schließung der Redaktionsbüros den Westberliner Zeitungsmarkt mit hektographierten Blättern. Druckort: das Westberliner Reichsbahnausbesserungswerk Grunewald.

Nach Ansicht des Westberliner Senats besitzt die sowjetzonale Reichsbahn jedoch lediglich eine Betriebserlaubnis für den Stadt- und Fernbahn-Verkehr innerhalb Westberlins, die jegliche Hoheitsakte sowjetzonaler Behörden auf Westberliner S-Bahn-Territorium ausschließt.

Ostberlin hingegen beruft sich auf ein interalliiertes Abkommen aus dem Jahre 1945, dem zufolge „unbeschadet der Sektorenteilung im Interesse der Sicherheit . . . das gesamte Eisenbahnwesen innerhalb der Grenzen der Stadt Berlin der Sowjetischen Militäradministration untersteht“.

Aus dieser Formel leitet die DDR-Regierung einen Verzicht der Westalliierten auf ihre Gebietshoheit im S-Bahn-Gelände her. Die Eisenbahn-Anlagen in Westberlin seien exterritoriale, außerhalb Westberliner Rechts stehende DDR-Enklaven.

Im Herbst 1959 erwies sich erstmals, daß die westlichen Alliierten nicht gewillt sind, im S-Bahn-Streit Partei zu nehmen. Als DDR-Genossen am Gründungstag der Ulbricht-Republik auf Westberliner Bahnhöfen ihre mit Hammer und Zirkel dekorierten Staatsflaggen hielten, wiesen die drei westlichen Stadtkommandanten ein Hilfebegehren des Senats brüsk ab: Sowjetzonale Flaggen auf Westberliner Bahnhöfen seien kein Grund zum Aufmarsch westlicher Streitkräfte.

Auch nach dem 13. August hielten sich die Westalliierten an die Viermächte-Vereinbarung aus dem Jahre 1945, obschon Ulbricht seinerseits den Viermächtestatus gebrochen hatte. Versuche des Senats, die S-Bahn nunmehr in eigene Regie zu übernehmen, scheiterten.

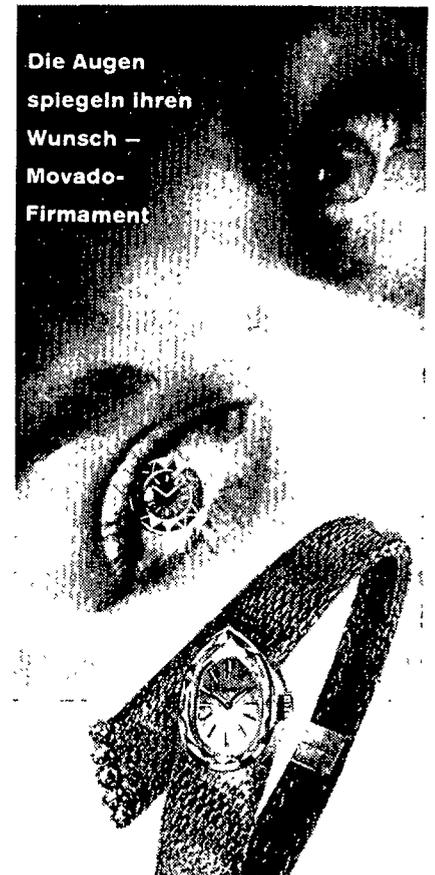
Die Alliierten befürchteten, eine Okkupation der S-Bahn-Anlagen werde sich auf den für Berlin lebenswichtigen Interzonenzugverkehr negativ auswirken. Ostberlins Reichsbahn-Präsident Otto Arndt hatte nämlich wenige Tage nach dem 13. August zu verstehen gegeben, das Schienennetz der S-Bahn sei „organisch mit den Anlagen, die dem Fernverkehr dienen“, verbunden.

Auch als Ulbricht-Eisenbahner einen diesseits der Sektorengrenze auf westlichem Territorium gelegenen Reichsbahn-Wasserturm mit den Initialen der Deutschen Demokratischen Republik — DDR — bepinselten und mit einer FDJ-Fahne schmückten, blieben die von Westberliner Zeitungen geforderten Gegenaktionen aus: Der französische Stadtkommandant Lacomme ließ es mit einem Protest bei Sowjet-Oberst Solowjew in Karlshorst bewenden.

Maulte der „Telegraf“: „Was jetzt tut, ist ein entschlossenes Vorgehen der französischen Schutzmacht.“

Als Westberliner Reporter neben dem Wasserturm gar Laufgräben und Bunker der Volkspolizei entdeckten, demonstrierte Lacomme, was die französische Schutzmacht unter „entschlossenem

**Einem riesigen Brillanten gleich** strahlt das Movado-Saphir-Glas herrlich im Glanze der Lichter. Seine Facetten-Krone glitzert wie ein Sprühfeuer. So hart wie kein anderer Stoff, außer dem Diamanten, kann es weder zerbrechen noch zerkratzt werden — seine Reinheit und Durchsichtigkeit bleiben unbeschränkt erhalten. Da ist zum Beispiel das mandelförmige Saphirglas. Es hat die vielbewunderte Anmut schöner Frauenaugen, von denen ein großer Dichter sagte, daß man darin den Fluß der Stunden ablesen könne — vorausgesetzt, man sei verliebt.



«Amanda»  
Ref. 2370  
18 Kt. Gold,  
Goldzahlen,  
mit 5 Brillanten,  
5 Rubinen oder  
ohne Edelsteine

«Firmament»  
Ref. G 2382  
18 Kt. Weißgold,  
Goldzahlen,  
mit 6 Brillanten  
DM 1150

«Firmament»  
Ref. 148  
Goldzahlen,  
18 Kt. Gold,  
DM 470  
18 Kt. Weißgold  
DM 540

(Unverbindliche Richtpreise)



DEUTSCHER SEKT



*Ein Sekt voll perlender Musik*



ROSENKAVALIER

STKELLEFEEI SCHULIZ GRONLACE HOCHHEIM AM MAI



*Ein Sekt voll perlender Musik*

Vorgehen" versteht: Auf dem Uhrenberg des gegenüberliegenden Hertha-Sportplatzes gingen sieben Gendarmen samt einem Schwere Maschinengewehr in Stellung. Jubelte „Der Abend“: „Wasserturm im Visier.“

Springers „BZ“ hingegen gab sich nicht zufrieden, sondern forderte am Montag voriger Woche weitere Taten von Lacomme: „Seit über drei Wochen hat Pankow einen roten Brückenkopf. Mit den in Westberlin ... Wie lange wollen Sie noch warten, Herr General? Wann wollen Sie handeln? Machen Sie endlich Schluß mit dieser roten Provokation.“

Zwei Tage nach dem „BZ“-Appell schickte Lacomme Gendarmen auf den Wasserturm, die allerdings den roten Brückenkopf nicht liquidierten: Die Volkspolizisten wurden vertrieben, die sowjetzonalen Transportpolizisten durften auf dem weiterhin mit den Initialen der Ulbricht-Republik verzierten Westberliner Turm bleiben. Beute des französischen Stoßtrupps, der alsbald retirierte: eine FDJ-Fahne.

Die bescheidenen Anstrengungen der militärischen Herren Westberlins lassen es dem S-Bahn-feindlichen Senat geraten erscheinen, Ulbrichts Stützpunkte inmitten Westberlins selbst zu liquidieren. Als einzige Waffe verbleibt den Schöneberger Insel-Politikern allerdings nur der vom Westberliner DGB wenige Tage nach dem 13. August ausgerufene S-Bahn-Boycott.

Das Schöneberger Kalkül: Da Ulbricht rund 6000 Westberliner Eisenbahner zu 60 Prozent in Westmark entlohnen muß, wird ein wirksamer Boycott ihn eines Tages zwingen, den Verkehr in Westberlin wegen Devisenmangels einzustellen. Kann die DDR-aber den reibungslosen Ablauf des Verkehrs nicht mehr gewährleisten, so begibt sie sich selbst des Betriebsrechts samt ihrer — umstrittenen — territorialen Ansprüche auf Westberliner Bahngelände.

Willig folgten die Berliner dem Boycott-Aufruf, obschon das Umsteigen auf die Bus- und U-Bahn-Linien der landeseigenen, von Otto Theuner dirigierten BVG ihnen finanzielle Lasten aufbürdete: Eine S-Bahn-Fahrt kostete durchschnittlich 20 Pfennig (Theuner: „Ein Kampfpfeil“), die in Ulbrichts Devisenkasse flossen; die BVG hingegen verlangt für die gleichen Fahrstrecken bei der U-Bahn 35 Pfennig, bei Omnibussen gar 40 Pfennig.

Obwohl 178 Busse, darunter 45 sogenannte Solidaritäts-Busse aus westdeutschen Großstädten, zusätzlich gemietet wurden, ist Theuners BVG überdies nicht in der Lage, die S-Bahn-Boycottreue in Stoßzeiten annähernd so schnell zu befördern, wie sie es von ihrem früheren Verkehrsmittel gewohnt sind.

Trotzdem warten von rund 400 000 Westberlinern, die vor dem 13. August mit der S-Bahn fuhren, heute rund 300 000 geduldig an den BVG-Bushaltestellen.

Dozierte „Bild“: „Herr Senator Theuner, wenn Sie es bis heute noch nicht gemerkt haben, dann sollen Sie es jetzt endlich wissen: Die Berliner wollen nicht mit der S-Bahn fahren!“ Und: „Sie, Herr Senator, haben lange genug Zeit gehabt, die Berliner in diesem Kampf zu unterstützen. Sie haben es völlig unzureichend getan. Sie haben versagt.“

Die öffentliche Treibjagd auf die Verantwortlichen für die BVG-Misere zei-



Berlins Verkehrssenator Theuner  
Bonn-Hilfe für Pankow?

tigte unerwartete Ergebnisse. Geld, so wurde dem BVG-Chef Theuner und seinen Direktoren vom Senat nach einer Anfrage in Bonn zu verstehen gegeben, dürfe hinfür keine Rolle mehr spielen. Bonn sei bereit, in die Tasche zu greifen, um den Senat im Kampf gegen die Ulbricht-Bahn wirks zu unterstützen.

Das für 1962 auf rund 20 Millionen Mark veranschlagte BVG-Defizit wird sich nach vorsichtigen Schätzungen der Senatsverwaltung für Verkehr vermindern. Theuner: „Die politischen Mehrkosten, die uns nach dem 13. August im Verkehr entstehen, zahlt der Bund.“

Ein Teil der vom Bund gezahlten Millionen wird allerdings Ulbrichts Bastionen in Westberlin stärken: Trotz S-Bahn-Boycott wechselt die Senatskasse den 6000 Westberliner Eisenbahnern, denen ihr sowjetzonaler Arbeitgeber 60 Prozent des Gehalts in Westmark zahlt, die restlichen 40 Prozent zum Kurs 1:1 um — wöchentlich insgesamt 300 000 Ostmark.

Der Vorschlag des Westberliner Senats, den Lohnumtausch einzustellen, scheiterte am Veto der Stadtkommandanten.

